

Vom legalen Kampf gegen die Hitler-Diktatur bis zum Parteiverbot im Juni 1933

Die Machtübergabe an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 und der nachfolgende Terror gegen die gesamte Arbeiterbewegung traf die pfälzische Sozialdemokratie völlig unvorbereitet: Nach dem Rücktritt des faschistoiden Präsidialkabinetts Franz von Papens am 17. November 1932 propagierte sie die „Wiederbelebung des demokratischen Willens in den heute dem Diktaturgerede zum Opfer gefallenen Arbeitermassen“ als das angestrebte neue politische Ziel.¹ Zwar opponierte die SPD auch von Anfang an gegen das nachfolgende Präsidialkabinett Kurt von Schleichers, allerdings akzentuierter: So erklärte der pfälzische Bezirksvorsitzende Richard Hammer auf der Unterbezirkskonferenz der SPD Ludwigshafen am 11. Dezember 1932 zwar, dass „die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum Kabinett Schleicher sei keine andere als zum Kabinett Papen“, aber „die positive Opposition der Partei habe bereits Erfolge erzielt.“ Verhängnisvoll war die Wahrnehmung der NSDAP, die „man allerdings nicht überschätzen dürfe.“ Trotzdem resümierte Hammer, dass „wir sehr ernsten Zeiten entgegen gehen, Zeiten, die von der Partei ganz andere Kampfformen als bisher erfordern.“² Entsprechend sollte auch der nächste Reichsparteitag, der für den „12. März 1933 und die folgende Tage“ einberufen wurde, ein „Bekenntnis zu den Lehren von Karl Marx werden.“³

Während die „Pfälzische Post“ am 31. Dezember 1932 über eine neuerliche Auflösung des Reichstages spekulierte, aber gleichzeitig erklärte, dass „die Forderung nach einer Kanzlerschaft Hitlers vom Reichspräsidenten erfüllt werden könnte, ist kaum anzunehmen“,⁴ begrüßte sie das Jahr 1933 mit der Schlagzeile: „Faschismus geschlagen – Sozialismus erringen.“ und der Feststellung: „zu Beginn des Jahres 1933 können wir sagen, dass die kämpfende Sozialdemokratie, die entschlossene „Eiserne Front“ die letzten politischen Freiheiten verteidigt und gerettet haben.“⁵ Nachfolgende Schlagzeilen, wie „Nazi-Terror und Mord“⁶ oder „Ein Arbeiter-Ferienheim niedergebrannt“⁷ belegten jedoch das Gegenteil. Auch die Gleichsetzung von Nationalsozialisten („Nazis“) und Kommunisten („Kozis“) wurde nun zunehmend aufgegeben und auf den Aufmarsch der SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus der KPD in Berlin mit der Forderung reagiert: „Proletarier Deutschlands vereinigt euch!“⁸ Die kommunistische Gegenkundgebung wurde als „Glänzende kommunistische Demonstration“ bewertet und selbstkritisch festgestellt, dass die „relativ besser gestellten Arbeiter“ zur Politik der Sozialdemokratie neigten, während „die schlechter Gestellten mehr Neigung zur kommunistischen Gefühlspolitik zeigten.“⁹ Und noch nach dem Rücktritt Schleichers am 28. Januar 1933 sah die „Pfälzische Post“: „Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen.“¹⁰

¹ Pfälzische Post Nr. 284 v. 3.12.1932 („Papen erledigt“).

² Pfälzische Post Nr. 295 v. 16.12.1932 („Unterbezirkskonferenz in Ludwigshafen“).

³ Pfälzische Post Nr. 296 v. 17.12.1932 („Der Parteitag in Frankfurt“).

⁴ Pfälzische Post Nr. 301 v. 31.12.1932 („Im März Reichstagswahlen“).

⁵ Pfälzische Post Nr. 1 v. 2.1.1933 („Heraus zum neuen Freiheitskampf“).

⁶ Pfälzische Post Nr. 8 v. 10.1.1933 („Die „Erneuerer Deutschlands“ an der Arbeit“).

⁷ Pfälzische Post Nr. 9 v. 11.1.1933 („Hitlers Banditen an der Arbeit“).

⁸ Pfälzische Post Nr. 19 v. 23.1.1933 („Die Nazi-Demonstration auf dem Bülowplatz“).

⁹ Pfälzische Post Nr. 22 v. 26.1.1933 (Glänzende kommunistische Kundgebung“).

¹⁰ Pfälzische Post Nr. 23 v. 30.1.1933 („Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen“).

Die Stunde der Bewährung folgte allerdings schon am 30. Januar 1933: Während das Zentralkomitee (ZK) der KPD in seinem Aufruf zum Generalstreik¹¹ nur die sozialdemokratischen Arbeiter, nicht aber deren Partei miteinbezog, hielt der Parteivorstand der SPD an seinem bisherigen strikten Legalitätsprinzip fest und warnte vor jedem „undisziplinierten Vorgehen.“¹² Das Ergebnis der beidseitigen Kooperationsunfähigkeit war auch in der Pfalz die kampflöse Machtüberlassung an Hitler. Während in Berlin schon erste Versammlungsverbote für die „Eiserne Front“ erlassen wurden und der „Vorwärts“ erstmals für drei Tagen verboten wurde, war den Sozialdemokraten in der Pfalz noch ein ungehindertes Zusammentreten möglich: So beteiligten sich rund 20.000 Ludwigshafener Republikaner am 3. Februar 1933 an einem Aufmarsch der „Eisernen Front“¹³ und auch der 38. Bezirksparteitag konnte am 4. und 5. Februar 1933 in Pirmasens zusammentreten – allerdings unter dem Schutz eines größeren, mit Stahlhelm und Karabiner ausgerüsteten, Aufgebotes Schupo; Richard Hammer wurde erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt – ebenso Friedrich Wilhelm Wagner zum Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl.¹⁴ Den anschließenden Reichstagswahlkampf musste die SPD allerdings bereits unter der Gängelung der Notverordnung „Zum Schutze des Deutschen Volkes“ bewältigen. Sie war noch vom Präsidialkabinett Papen geplant und wurde nun vom Präsidialkabinett Hitler umgesetzt, was die Versammlungs- und Pressefreiheit der Arbeiterbewegung ab den 4. Februar 1933 bereits wesentlich einschränkte. Trotzdem konnte die pfälzische SPD noch zahlreiche antifaschistische Kundgebungen der „Eisernen Front“ durchführen, beginnend in Ludwigshafen und seinen Stadtteilen, in Oppau, Frankenthal, Speyer, Neustadt, Grethen, Oggersheim, Weisenheim am Sand, Edenkoben, Germersheim, Rheinzabern, Edesheim, Landau und Heßheim usw., wobei im Gegensatz zum Reich noch blutige Zusammenstöße mit der SA – so in Obermoschel¹⁵ und Thaleischweiler¹⁶ – die Ausnahme blieben – freilich auch, weil die nationalsozialistischen Hochburgen gemieden wurden.¹⁷ Auch die Notverordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933, der am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen war, wirkte sich noch nicht unmittelbar auf die pfälzische Sozialdemokratie aus, während in Preußen schon sämtliche sozialdemokratische Zeitungen verboten wurden.¹⁸

Nur so ist auch zu erklären, dass die „Pfälzische Post“ das mit SA-Terror und KPD-Unterdrückung zustande gekommene Wahlergebnis vom 5. März 1933 mit „Votum des Volkes“ überschrieb¹⁹ - um sich dann allerdings gleich in der nächsten Ausgabe vom Parteivorstand korrigieren zu lassen, der feststellte: „Diese Wahlen geben kein Bild des Volkswillens“ und schon die Parole ausgab: „Haltet der Partei die Treue.“²⁰ Hoffnung sollte sicher noch einmal die Kommentierung des eigentlichen Wahlergebnisses verbreiten, mit

¹¹ Dokument 6 abgedruckt bei Hermann Morweiser, Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981.

¹² Pfälzische Post Nr. 26 v. 31.1.1933 („Arbeitendes Volk“).

¹³ Pfälzische Post Nr. 30 v. 4.2.1933 („Ludwigshafen bleibt rot!“).

¹⁴ Pfälzische Post Nr. 31 v. 6.2.1933 („Einig und kampftentschlossen!“).

¹⁵ Pfälzische Post Nr. 43 v. 20.2.1933 („Nazi-Überfall auf Reichsbannerleute in Obermoschel“).

¹⁶ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Die nächtliche Schießerei in Thaleischweiler“).

¹⁷ Vgl. den Wahlkampfkalender der pfälzischen SPD: „Für Freiheit gegen Knechtschaft“. Exemplarisch hierfür: Pfälzische Post Nr. 52 v. 2.3.1933.

¹⁸ Pfälzische Post Nr. 50 v. 28.2.1933 („Brandattentat auf das Reichstagsgebäude“).

¹⁹ Pfälzische Post Nr. 55 v. 06.03.1933 („Das Votum des Volkes“).

²⁰ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („An die Partei“).

Schlagzeilen wie: „Die Sozialdemokratie unerschüttert!“ oder „Ein Ruhmestag der Partei.“²¹ Tatsächlich hatte sich die SPD auch in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. Mit 46,5 Prozent für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Am 7. März 1933 wehten die ersten Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern,²² am 10. März 1933 wurde die „Pfälzische Post“ besetzt. Die letzte, schon unter Vorzensur stehende und mit zahlreichen fehlenden Artikeln erschienene Ausgabe, berichtete geradezu symbolisch von der Zerstörung des erst im September 1932 eingeweihten Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken.²³ Nicht mehr berichten konnte das SPD-Organ über die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter noch am gleichen Morgen in Oppau,²⁴ ebenso wenig über das Verbot des Reichsbanners, der „Eisern Front“ und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In der Folge wurde noch am gleichen Tag - neben zahlreichen weiteren pfälzischen Reichsbannerführern - der Gauvorsitzende und MdR Friedrich Wilhelm Wagner verhaftet. Glückliche Umstände ermöglichten ihm am 11. März 1933 die Flucht aus der Pfalz. Andere wie der Bezirksvorsitzende Hammer, der Bezirkssekretär Franz Bögler oder der Ludwigshafener Bürgermeister Paul Kleefoot kamen jedoch in „Schutzhaft.“²⁵ Am 13. März 1933 wurde die „Pfälzische Freie Presse“ in Kaiserslautern zum Schweigen gebracht.²⁶ Dennoch hielt der Parteiausschuss der SPD in Berlin auch am 14. März 1933 am Grundsatz strikter Legalität fort. Daraufhin formulierte der pfälzische Bezirkssekretär Georg Setzer am 20. März 1933 ein gleich lautendes Rundschreiben an die hiesigen Ortsvereine.²⁷

Äußersten Mut bewies der Parteivorsitzende Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag, als er in der Debatte um das Ermächtigungsgesetz nicht nur dem nationalsozialistischen Ansinnen nach Aufheben jeder demokratischen Kontrolle entgegentrat, sondern auch offen die Verfolgungen und Bedrängungen der Sozialdemokraten ansprach. Allerdings wurde die inhaltliche Begründung für die alleinige Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD unter der Parteibasis kaum bekannt, da durch die Unterdrückung der Arbeiterpresse die Öffentlichkeit nur noch im Sinne der neuen Machthaber informiert wurde.²⁸ Bereits am 29. März 1933 holten die Nationalsozialisten zum nächsten Schlag aus, indem sie sämtliche sozialdemokratische Arbeitervereine – vom Arbeiter-Turn- und Sportbund bis zu den Naturfreunden – verboten und das Vereinsvermögen beschlagnahmten. Allein in Ludwigshafen waren hiervon 75 Vereine – darunter 44 Arbeitersportvereine – betroffen.²⁹ Statt eines kampffentschlossenen Appells an die betroffenen Parteimitglieder und Sympathisanten, die in diesem Fall Millionen umfassten, verkündete Otto Wels am 30. März 1933 seinen Austritt dem Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, um sich so – dem

²¹ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Der 5. März und seine Lehren“).

²² Pfälzische Post Nr. 57 v. 8.3.1933 („Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern“).

²³ Pfälzische Post Nr. 59 v. 10.3.1933 („Ebert-Denkmal zerstört“).

²⁴ Günther Janson, Der. 10. März 1933 in Oppau, in: Manfred Geis / Gerhard Nestler (Hrsg.), Die pfälzische Sozialdemokratie, Edenkoben 1999, S. 532-535.

²⁵ Günter Braun, Verfolgung – Emigration - Widerstand, in: Ebd., S. 508.

²⁶ Stephan Pieroth, Sozialdemokratische Presse 1918-1933, in: Ebd., S. 423.

²⁷ Günter Braun, Verfolgung – Emigration - Widerstand, in: Ebd., S. 510-512.

²⁸ Georg Setzer, Wir kamen wieder!, in: Ebd., S. 539.

²⁹ Klaus J. Becker, Kampf um die Klasse. Arbeitersport in Ludwigshafen am Rhein, in: Martin Furtwängler / Christiane Pfanz-Sponagel / Martin Ehlers (Hrsg.), Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 110.

eigenen absoluten Legalitätsprinzip folgend – von dessen Aufruf zum aktiven Kampf gegen den Faschismus zu distanzieren!³⁰

Das letzte organisatorische Zusammentreffen der SPD in der Pfalz erfolgte Anfang April 1933. Nach dem Erlass des „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ am 31. März 1933 wurden im Rahmen einer Konferenz der Unterbezirksvertreter in Ludwigshafen – entsprechend dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 – Fritz Ober und Georg Setzer für den pfälzischen Kreistag sowie Adolf Ludwig und Franz Bögler für den Landtag nominiert. Auch an der letzten Reichskonferenz der SPD am 26. April 1933 nahmen mit Adolf Ludwig und Georg Setzer zwei pfälzische Delegierte teil. Die Reichskonferenz wählte einen neuen zwanzigköpfigen Parteivorstand unter der Führung von Otto Wels und Hans Vogel und betonte in ihrer Abschlussresolution das „unerschütterliche Festhalten an ihren Grundsätzen“ unter „Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“.³¹ Die neuen Machthaber waren aber nicht mehr bereit, die „gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“ der SPD auch einzuräumen: So wurden z.B. in Ludwigshafen die von der SPD auf der Grundlage des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ nominierten elf Stadträte der SPD am 28. April 1933 schon bei der ersten Sitzung mit lauten „Raus!“-Rufen wieder aus den Gremien „hinausbefördert“.³² Wenigstens durften die pfälzischen SPD-Abgeordneten Adolf Ludwig und Franz Bögler am 29. April 1933 gemeinsam mit weiteren 14 Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag gegen das „Gesetz zur Behebung der Not des Bayerischen Volkes und Staates“ stimmen, das jeden weiteren politischen Willkürakt der neuen Herrscher legalisieren sollte. Danach blieb aber auch beiden nur noch die Flucht.³³

Der nächste Hieb gegen die demokratische Arbeiterbewegung erfolgte am 2. Mai 1933, als schlagartig in der Pfalz wie in ganz Deutschland die Häuser der Gewerkschaften besetzt und sämtliche gewerkschaftlichen Organisation verboten wurden.³⁴ Nun erkannte auch der Parteivorstand der SPD die Zeichen der Zeit und schickte die sechs am meisten gefährdeten Mitglieder ins Saargebiet, um dort eine „Auslandsstelle“ aufzubauen – Sitz des Parteivorstandes blieb jedoch Berlin. Damit war jedoch der Konflikt zwischen Inlands- und Auslandsleitung vorprogrammiert: Deutlich wurde dies am 17. Mai 1933, als die verbliebene SPD-Fraktion entgegen den Beschluss der Auslandsleitung im Reichstag für eine „Friedensresolution“ stimmte, was aus Sicht derjenigen, die „entschieden gegen Hitler kämpfen“, einen Vertrauensvotum für Hitler gleichkam. Dabei positionierte sich auch der Parteivorsitzende und Auslandsleiter Otto Wels eindeutig, indem er seinem Wiedereintritt in das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erklärte, da die Periode vorbei sei, „in der wir hoffen konnten, etwas zu retten, in dem wir Vorwände für Gewaltmaßnahmen vermieden“. Nun brach der Richtungsstreit in der SPD offen aus: Während die Auslandsleitung am 2. Juni 1933 ihren Sitz von Saarbrücken nach Prag verlegte, betonte am 9. Juni 1933 die Inlandsleitung, dass es lediglich eine Parteiführung der SPD und zwar in Berlin gäbe. Am 15. Juni 1933 widerrief die Inlandsleitung sämtliche Erklärungen der

³⁰ Franz Osterroth / Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2005, S. 413-417.

³¹ Georg Setzer, Wir kamen wieder!, in: Manfred Geis / Gerhard Nestler (Hrsg.), Die pfälzische Sozialdemokratie., S. 537-541.

³² Lothar Meinzer, Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen 1991, S. 130-132.

³³ Werner Ludwig, Unterwegs, Landau 1997, S. 15-19.

³⁴ Klaus J. Becker, Gewerkschaften, in: Friedrich P. Kahlenberg / Michel Kißener (Hrsg.), Kreuz-Rad-Löwe. Rheinland-Pfalz. Band 2, Mainz 2012, S. 429-430.

Auslandsleitung und lud für den 19. Juni 1933 eine Reichskonferenz der SPD nach Berlin ein. Dort wurde ohne pfälzische Beteiligung als neuer Parteivorstand ein fünfköpfiges Direktorium gewählt, das „eindringlich vor illegaler Arbeit“ warnte.³⁵ Im Gegensatz zu dem am 26. April 1933 gewählten Parteivorstand konnte sich das Direktorium aber nicht mehr auf eine freie Willensbildung der Mitglieder berufen. Allerdings gibt es keinen Beleg für die Behauptung der DDR-Geschichtsschreibung³⁶, dass die anpassungswilligen Sozialdemokraten mit der Wahl des Direktoriums die Absicht hatten, „alle jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand hinauszuwählen“.³⁷ Dagegen spricht allein schon die Tatsache, dass bereits am 22. Juni 1933 das formale Verbot der SPD im Deutschen Reich wegen mangelnder Distanzierung von der Auslandsleitung erfolgte. Das inländische Verbot traf in der Pfalz aber eine real längst schon nicht mehr existente Organisation. Während die ehemalige pfälzische Parteiführung – Friedrich Wilhelm Wagner, Adolf Ludwig, Franz Böglér – den Nationalsozialismus gezwungenermaßen schon seit Ende April 1933 von Außen bekämpfte, suchte die verbliebene pfälzische Inlandsparteibasis bereits ab Mai 1933 lediglich noch den Kontakt zur Auslandsleitung der SPD, wie das nachfolgende Kapitel belegen wird.

³⁵ Franz Osterroth / Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, S. 423-427.

³⁶ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band, Ostberlin 1966, S. 35.

³⁷ Vorwärts, Oktober 2001 („Juden aus dem Vorstand?“).